

ORIGINAL

No. 567/A(E)

17. JUNI 1993

Präs.:

ENTSCHLIESSUNGSAKTRAG

der Abg. Mag. Schweitzer und Kollegen
betreffend Verschärfung der internationalen Abgasvorschriften

Durch die Ostöffnung ist in Österreich sowohl das Verkehrs-
aufkommen als auch die Menge der Abgasemissionen gewaltig
gestiegen, da die - verglichen mit unseren Nachbarstaaten -
an sich korrekten Normen und Standards bezüglich Sicherheit und
Schadstoffausstoß in Österreich nur auf österreichische, nicht
aber auf ausländische Kraftfahrzeuge angewendet werden.

Aufgrund des geltenden KFG bzw. der Übereinkommen von Paris,
Genf und Wien erscheint eine Gleichbehandlung in- und auslän-
discher KFZ hinsichtlich Abgaskontrollen derzeit nicht durch-
setzbar, da diese internationalen Abkommen vorsehen, daß jedes
Fahrzeug in dem Zustand, in dem es in seinem Heimatland zuge-
lassen ist, in jedem der Unterzeichnerstaaten ebenfalls fahren
darf.

Anläßlich des Beitritts Österreichs zum Übereinkommen im Jahre
1982 wurde leider kein diesbezüglicher Vorbehalt angemeldet,
da die Entwicklung der Verkehrslawine in diesem exorbitanten
Ausmaß nicht absehbar war. Die einzige zielführende Lösung ist
daher die Neuverhandlung der fraglichen Textpassagen, sei es
durch Vorschlag strengerer internationaler Abgasvorschriften,
womit ein weltweiter Beitrag zum Umweltschutz geleistet würde,
oder durch eine von österreichischer Seite vorgenommene
Kündigung des Übereinkommens mit anschließendem Wiederbeitritt,
allerdings unter Vorbehalt des Zurückweisungsrechtes von in
anderen Staaten zugelassener Kfz, die nicht den österreichischen
Standards entsprechen.

Ein diesbezüglicher FPÖ-Antrag (371/A(E) v. 9.7.1992) wurde
vom Verkehrsausschuß abgelehnt. Die Bundesministerin für Umwelt-
Jugend und Familie gab dem Erstunterzeichner anläßlich der
mündlichen Fragestunde am 16.6.1993 die Zusage, sich für eine
Änderung der internationalen Übereinkommen über den Straßenver-
kehr zwecks Reduzierung der Abgasemissionen, vor allem in Öster-
reich, einzusetzen.

Daher stellen die unterzeichneten Abgeordneten den nachstehenden

ENTSCHLIESSUNGSAKTRAG:

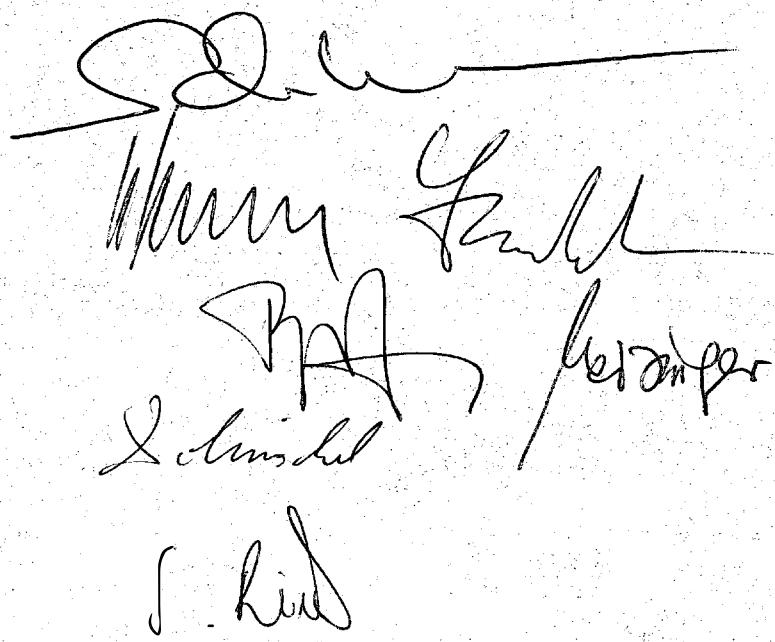
Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie und der
Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr werden
ersucht, gemäß Art. 49 des Übereinkommens über den Straßen-
verkehr samt Anhängen dafür zu sorgen, daß dem Generalsekretär
der Vereinten Nationen ein Vorschlag Österreichs zur Verschär-
fung der internationalen Abgasvorschriften bis 31.12.1993
vorgelegt wird."

Original unterschrieben und fotografiert am 20.02.2013
Von: [Signature]

ORIGINAL

In formeller Hinsicht wird um Zuweisung dieses Antrages
an den Umweltausschuß ersucht.


Helmut Garg
Barbara Kastner
Edith Domsch
Stefan Litsch